

Absender:

.....

.....

Deutscher Bundestag
Petitionsausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin

**Petition Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge / „Doppelterbeitragung“
auf Betriebsrenten abschaffen**

Sehr geehrte Damen und Herren
des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages!

Als langjährige/r Angehörige/r des Öffentlichen Dienstes weise ich Sie nachfolgend auf **ein schon seit Jahren ungelöstes Problem** hin, das bei mir zutiefst Empörung auslöst.

Es handelt sich dabei um die seit 2004 erhobenen **zusätzlichen Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge von ca. 18% auf die Zusatzversicherungs- bzw. Betriebsrente – bekannt als „Doppelterbeitragung“**. **Dieses stellt eine rechtsmissbräuchliche Doppelbelastung der Rentnerinnen und Rentner mit KV-Beiträgen dar.**

Rechtsmissbräuchlich ist diese „Doppelterbeitragung“ deswegen, weil bereits die Einzahlungsleistung von mir und meinem Arbeitgeber als sozialversicherungspflichtiger Bruttolohn behandelt wird, so dass die entsprechenden Krankenversicherungsbeiträge auf mein Arbeitseinkommen von mir bereits einmal gezahlt wurden. Mit dem Erhalt meiner Zusatzversicherungsrente bzw. der Betriebsrente durch die VBL werden mir nun seit 2004 erneut Krankenversicherungsbeiträge abgezogen – was mich im wahrsten Sinne des Wortes **doppelt belastet** !

Neben mir und meinen Angehörigen sind von der Entscheidung der damaligen Bundesregierung unter ROT/GRÜN und mit Zustimmung der CDU/CSU mehr als 2,5 Millionen Rentnerinnen und Rentner des Öffentlichen Dienstes, die bei der VBL oder einer anderen Zusatzversicherungskasse pflichtversichert sind, betroffen.

Ich bin empört, weil ich als Angehörige/r des Öffentlichen Dienstes innerhalb kürzester Zeit gleich zweimal in dramatischer Weise belastet werde: so – man erinnere sich – schon einmal im Zuge der **willkürlichen und einseitigen Abschaffung des Gesamtversorgungssystems 2001/2002** und wenig später erneut mit der hier in Rede stehenden **„Doppelverbeitragung“ im Jahr 2004**, die noch **„on top“** auf die ohnehin schon sehr massiven Kürzungen bei der Zusatzversorgungsrente kommt.

Viele der durch die „Doppelverbeitragung“ Betroffenen sind schon seit Jahren Rentnerinnen und Rentner des Öffentlichen Dienstes. Angesichts des **fortgeschrittenen Alters vieler betroffener Rentnerinnen und Rentner** und des zögerlichen sowie hinhaltenden Taktierens der politischen Verfahrensbeteiligten drängt sich mir der Eindruck auf, dass das Problem wieder einmal schlicht „ausgesessen“ werden soll – oder noch schlimmer – gar auf eine biologische Lösung spekuliert wird. **Das ist für mich völlig inakzeptabel!**

Ich fordere Sie daher auf, sich dafür einzusetzen, diese ungerechten und massiven Benachteiligungen der Rentnerinnen und Rentner des Öffentlichen Dienstes zu beenden und rückgängig zu machen! Das heißt im Einzelnen:

1. Sofortiger Stopp der Doppelverbeitragung aller Modelle der betrieblichen Altersversorgung, einschließlich der Zusatzversorgungs- bzw. Betriebsrente der Rentnerinnen und Rentner des Öffentlichen Dienstes

2. sowie Rückzahlung der seit 2004 geleisteten überhöhten Krankenversicherungsbeiträge !

Ich solidarisiere mich darüber hinaus ausdrücklich auch mit anderen betroffenen Bürgern und deren Organisationen, wie z. B. mit dem Verein zur Sicherung der Zusatzversorgungsrente e. V. (VSZ e. V.), dem Verein für Direktversicherungsgeschädigte DVG e.V., mit SchaLL.NRW e. V. (Schutzgemeinschaft angestellter Lehrerinnen und Lehrer in NRW e. V.) sowie mit der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie IG BCE, und stelle mich hinter deren Forderungen.

Mit freundlichen Grüßen

....., den